

## 5. DIE ÄRA VARGAS (1930-1945)

### 5.1 Die Revolution von 1930 und die neue politische Ordnung

In der Alten Republik wurde die Präsidentschaftsnachfolge, wie dargelegt, vom Dauerbündnis der Republikanischen Parteien von São Paulo und Minas Gerais, PRP und PRM, bestimmt. Sie einigten sich auf einen Kandidaten, der mit Unterstützung des amtierenden Präsidenten die massiv manipulierten Wahlen gewann. Seit Ausrufung der Republik 1889 hatte sich so immer der Regierungskandidat durchgesetzt. In der Regel lösten sich auf diese Weise die beiden wirtschaftlich stärksten Bundesstaaten an der Präsidentschaft ab.

Bei der Präsidentschaftsnachfolge von 1929/30 wurde dieses Schema jedoch durchbrochen. Die paulistaner Republikaner (PRP) scherten aus dem Bündnis aus und nominierten, ohne sich wie üblich mit der Republikanischen Partei von Minas Gerais (PRM) auf einen gemeinsamen Kandidaten zu einigen, einen eigenen Kandidaten, Júlio Prestes. Diese Kandidatur wurde vom amtierenden Präsidenten Washington Luís, der ebenfalls aus São Paulo stammte, unterstützt.

Daraufhin schlossen sich die politischen Führer der Bundesstaaten Minas Gerais, Rio Grande do Sul und Paraíba in der *Aliança Liberal* zusammen und stellten mit Getúlio Vargas einen Gegenkandidaten auf. Die *Partido Democrático* von São Paulo, die zur dominierenden PRP in Opposition stand, unterstützte diese Kandidatur.

Vargas verlor die Wahlen, und wie fast immer in der Alten Republik beschuldigte die besiegte Opposition die Regierung des Wahlbetrugs. Als in diesem angespannten politischen Klima João Pessoa, der an Vargas' Seite für das Amt des Vize-Präsidenten kandidiert hatte, ermordet wurde, revoltierten die Oppositionskräfte. Der Aufstand erfaßte nahezu alle wichtigen Landesteile. Um einen Bürgerkrieg zu vermeiden, ergriff das Militär die Regierungsgewalt und trat sie kurze Zeit später an Vargas ab.

Die Koalition, die die sogenannte 'Revolution von 1930' leitete und nun unter Vargas' Führung an die Macht gelangte, setzte sich aus sehr heterogenen Kräften zusammen. Einige, wie die *Partido Democrático*, wollten kaum mehr als eine begrenzte Verfassungsreform zur Durchsetzung klassischer liberaler Ideale wie freie und geheime Wahlen, Rechtsstaatlichkeit und eine Ausweitung der Bürgerrechte. Anderen, wie insbesondere den *tenentes*, ging es vor allem um eine intensive wirtschaftliche und soziale Modernisierung des Landes, auch wenn dafür autoritäre Maßnahmen notwendig wären. Die Heterogenität der siegreichen Reformkräfte und der geringe Konsens über Form und Inhalt des angestrebten Wandels sorgten in den Folgejahren für ein großes Konfliktpotential:

„Was sie miteinander verband war der Wille zu neuen politischen Formen, in einem verzweifelten Versuch, sich vom Alten zu befreien. Diese Anstrengungen führten zu sieben Jahren angespannter und friedloser Improvisation einschließlich einer Regionalrevolte in São Paulo, einer neuen Verfassung, einer Volksfrontbewegung, einer faschistischen Bewegung und einem kommunistischen Putschversuch. 1937 beendete ein erschöpftes Brasilien seine politischen Experimente und begann ein achtjähriges autoritäres Regime unter dem *Estado Novo*.“<sup>92</sup>

Die Revolution von 1930 zog eine grundlegende Veränderung der Parteienlandschaft nach sich. Sie bedeutete zunächst die Überwindung der Alleinherrschaft der Republikanischen Parteien in

---

<sup>92</sup> Thomas E. Skidmore, Brasil: De Getúlio Vargas a Castelo Branco (1930-1964), tradução coordenada por Ismênia Dantas, 7a. ed. (Rio de Janeiro: 1982), S. 26.

den Bundesstaaten. Vargas entzog ihnen die Regierung in den Bundesstaaten und ersetzte die Gouverneure durch Interventoren (von der Zentralregierung eingesetzte Gouverneure). Diese Ämter besetzte er vor allem mit den *tenentes*, die beim Aufstand gegen die alte Ordnung eine Schlüsselrolle gespielt hatten.

Um in ihren jeweiligen Bundesstaaten regieren zu können, mußten die Interventoren ihre politische Basis organisieren. Hierbei hatten sie sich auch wieder auf diverse oligarchische Gruppen zu stützen, die die bestimmenden gesellschaftlichen Kräfte darstellten. Durch den Gegensatz zwischen den Interventoren und jenen Teilen der Oligarchien, die bislang die Politik der Bundesstaaten dominierten, wuchs allerdings der Freiraum zur Artikulation und Organisation anderer Gruppen.

Damit stieg die Zahl der Parteien stark an, und das Parteienpanorama wurde erheblich komplexer. Das politische Spektrum der Parteien reichte von konservativen oligarchischen Parteien über Reformparteien und rechtsextremistischen Parteien der Mittelschichten bis hin zu kommunistischen Arbeiterparteien.

Wie bereits in der Alten Republik waren auch in den Folgejahren Aktivitäten und Organisation der Parteien auf die Bundesstaaten beschränkt. Die Parteienlandschaft stellte sich den jeweiligen Gegebenheiten entsprechend in jedem Bundesstaat anders dar. Die Instabilität und die vielen Krisen der neuen politischen Ordnung führten außerdem dazu, daß sich in den Bundesstaaten keine festen und dauerhaften Parteienkonstellationen herausbildeten:

„In Brasilien verbündeten sich die lokalen Regierungen, die um die Lösung der Probleme in den Bundesstaaten besorgt waren, mit Parteien der unterschiedlichsten Weltanschauungen, woraus sich eine sehr konfuse Lage ergab. Die Koalitionen, die dabei entstanden, waren daher fast immer unfruchtbar, unproduktiv und ineffizient.“<sup>93</sup>

Neben diesen bundesstaatlichen Parteien kam es aber auch zur Gründung von zwei nationalen Parteien, die faschistische *Ação Integralista Brasileira* und die Volksfrontbewegung *Aliança Libertadora Nacional*. Sie übertrafen in Anhängerschaft und politischem Gewicht die kommunistische Partei PCB, die bis dahin als einzige Partei landesweite Organisationsstrukturen besessen hatte.

## 5.2 Nationale Parteien: die *Ação Integralista Brasileira* (AIB) und die *Aliança Nacional Libertadora* (ANL)

Die *Ação Integralista Brasileira* (AIB) wurde 1932 von Plínio Salgado ins Leben gerufen. Durch den Zulauf bereits bestehender faschistischer Gruppen, die jedoch nicht koordiniert oder als Partei organisiert waren, erreichte die AIB eine schnelle Verbreitung. Für die Entwicklung des Faschismus war insbesondere der Einfluß des italienischen Modells Mussolinis ausschlaggebend. Von ihrer sozialen Zusammensetzung her war der 'Integralismus' vor allem eine Bewegung der unteren und mittleren Schichten des Bürgertums, welche die elitäre und oligarchische Politik der Alten Republik ablehnten und im Kommunismus eine Bedrohung sahen.

Der Integralismus war sowohl antikommunistisch als auch antiliberal. Zur Überwindung der Spaltungen der Gesellschaft durch Parteien und Klassenschranken vertrat er die Organisation der Nation nach Berufsständen in einem korporativistischen Staatssyndikalismus. Das integralistische Gesellschaftsbild baute auf den Werten der Familie, des Katholizismus und des Vaterlands auf.

---

<sup>93</sup> João Alberto, A Platéia, 22.3.1934, zitiert nach Edgar Carone, A República Nova (1930-1937), 2a. ed. (São Paulo: Difel, 1976), S. 187 f.

Um diese Werte zu schützen bedürfte es eines starken, hierarchisch organisierten und autoritären Staates.<sup>94</sup>

Die Organisationsform der AIB kennzeichnete sich durch drei Aspekte, in denen ihr faschistischer und totalitärer Charakter hervortrat. Zunächst unterlag ihr Aufbau, wie dies auch in anderen faschistischen Parteien der Fall war, vollständig dem Führerprinzip. Der Parteichef war nicht nur Vorsitzender der Bewegung, sondern durch seine messianische Funktion auch deren Legitimitätsquelle. Seine Machtstellung innerhalb der Partei war zentralisiert, total und permanent. Alle Macht ging vom Führer aus und wurde von ihm an den Parteiapparat weiterdelegiert. Zu allen Parteifragen besaß er die unumschränkte Entscheidungsgewalt.

Zweitens besaß die Partei eine parastaatliche, straff hierarchisch gegliederte Struktur mit verschiedenen, dem Parteichef unmittelbar unterstellten Abteilungen zu den unterschiedlichen Aktivitätsbereichen (Doktrin, Kultur, Miliz, Propaganda, etc.). In vertikaler Linie waren ihm die Leiter der Provinzräte ebenfalls direkt untergeordnet.

Drittens schließlich wurde durch eine umfangreiche ideologische Sozialisierung versucht, die Mitglieder in allen Lebensbereichen an die Partei zu binden. Neben der ideologischen Schulung und Indoktrinierung umfaßte diese totalitäre Erziehung auch eine Reihe von Riten, Symbolen und Hymnen.<sup>95</sup>

Innerhalb der integralistischen Bewegung herrschte keine Einigkeit über die Form der Machtergreifung. Auf der einen Seite wurde ein gewaltsamer Umsturz der bestehenden Ordnung gefordert, während der Gegenflügel, dem zunächst auch Plínio Salgado angehörte, die Möglichkeit sah, sich auf friedlichem und legalem Wege in Wahlen durchzusetzen. Bei den Wahlen von 1933 und 1934 zeigte sich die AIB allerdings ausgesprochen erfolglos. Damit setzte sich in ihren Reihen der Revolutionsgedanke immer stärker durch.

Im Vorfeld zu Vargas' Staatsstreich im November 1937 sagte Plínio Salgado ihm in einer Geheimabsprache die Unterstützung seiner 'Grünhemden' (militante Integralisten) zu. Er war dabei in der festen Annahme, daß die AIB zur offiziellen Regierungspartei des neuen Regimes erhoben würde. Kurz nach dem Putsch aber erging von Vargas ein allgemeines Parteienverbot, unter das auch die Integralisten fielen.

Der radikale Flügel der Integralisten reagierte auf die Auflösung der AIB mit Widerstand. Im Mai 1938 entlud sich der Protest gegen den *Estado Novo* in einem Umsturzversuch, der jedoch wegen seiner grotesken Durchführung völlig fehlschlug. Daraufhin wurden die Integralisten von Vargas' Repressionsapparat systematisch verfolgt. Plínio Salgado, der nach ihrem Scheitern jegliche Verantwortung für die Revolte zurückwies, wurde nach Portugal ins Exil gezwungen.<sup>96</sup>

Das Höchstmaß an Massenmobilisierung und politischer Organisation der 30er Jahre gelang aber nicht der faschistischen AIB, sondern der linken Volksfrontbewegung *Aliança Nacional Libertadora* (ANL), auch wenn diese nur von sehr kurzer Lebensdauer war. Die ANL wurde im Januar 1930 von einer Gruppe von Parlamentariern ins Leben gerufen. In den kommenden Monaten organisierte sich die Bewegung in den verschiedenen Bundesstaaten und verzeichnete

---

<sup>94</sup> vgl. Edgar Carone, *A República Nova (1930-1937)*, 2a. ed. (São Paulo: Difel, 1976), S. 194 ff.

<sup>95</sup> siehe Hélio Henrique Casses Trindade, *Integralismo: o fascismo brasileiro na década de 30*, (São Paulo: Difel, 1974).

<sup>96</sup> Siehe Edgar Carone, *O Estado Novo (1937-1945)*, 2a ed. (São Paulo: Difel, 1977), S. 193-216. Plínio Salgados Versuch, die integralistische Bewegung nach 1945 mit der Partido de Representação Popular wiederzubeleben, blieb erfolglos. Vgl. Edgar Carone, *A República Liberal (1945-1964)*, Vol. 1 (Instituições e classes sociais) (São Paulo: Difel, 1985), S. 331 ff.

dabei ein erstaunliches Wachstum: Bereits im Mai gab es landesweit 1.600 Basisverbände und allein in der Bundeshauptstadt Rio de Janeiro 50.000 eingeschriebene Mitglieder.

Die ANL setzte sich aus verschiedenen progressiven und bürgerlichen Elementen zusammen. Ihren Kern bildeten *tenentistas* und Kommunisten. Hinzu kamen Sozialisten sowie auch Liberale. Ehrenpräsident der Partei war Luís Carlos Prestes, ein linker *tenente*, der mit einem kleinen Revolutionsheer (*Coluna Prestes*) die oligarchische Ordnung der Alten Republik herausgefordert hatte. Zwischen Kampf und Flucht war er in den Jahren 1925 bis 1927 über riesige Strecken durch das Landesinnere gezogen, bevor er nach Bolivien floh und später amnestiert wurde. Viele verehrten Prestes als Volkshelden.

In der ANL kam es zu einer Verbindung von radikalen und moderaten Kräften. In ihren Inhalten und Forderungen war sie sozialreformerisch, antiimperialistisch und antifaschistisch. Zu ihren Programmpunkten gehörten u.a. die Streichung der Auslandsschuld, die Verstaatlichung ausländischer Unternehmen und eine umfassende Landreform.

Die Regierung und die dominierenden Gesellschaftsgruppen sahen sich durch den rasanten Aufstieg der Volksfrontbewegung bedroht. Im Juli kam es zu einem vorläufigen Verbot der ANL per Regierungsdekret und zur Verfolgung ihrer Mitglieder. Im Dezember wurde sie schließlich durch Gerichtsbeschluss endgültig aufgelöst.<sup>97</sup>

### 5.3 Die Diktatur des *Estado Novo*

Mit dem Verbot der ANL mußte die Linke feststellen, daß ihr selbst im Bündnis mit bürgerlichen Kräften der Zugang zur Macht auf legalem Wege verschlossen blieb. Damit wurde der revolutionäre Flügel der Kommunisten gestärkt. Ende 1935 kam es so zu blutigen Aufständen kommunistischer Soldaten in Natal, Recife und Rio de Janeiro. Das politische Klima radikalisierte sich.

Zur Bekämpfung der 'subversiven Kräfte' ließ sich Vargas vom Kongreß wiederholt mit Sondervollmachten ausstatten. Mit der zunehmenden Polarisierung zwischen Kommunisten und Integralisten schwand bei den politisch dominierenden Schichten das Vertrauen in die Gangbarkeit einer offenen demokratischen Ordnung unter den brasilianischen Gegebenheiten. Insbesondere die Militärs sahen in der Radikalisierung eine Gefährdung der nationalen Einheit und Sicherheit.

Seit langem hatte Vargas darauf hingearbeitet, auch über seine Anfang 1938 auslaufende Mandatszeit hinaus im Amt zu bleiben. Am 10.11.1937 schließlich schloß er mit Unterstützung der Streitkräfte den Kongreß und rief eine neue, autoritäre Verfassung aus. Zwei Wochen darauf, am 2.12.1937, wurden alle bestehenden Parteien aufgelöst. Es begann die Errichtung eines autokratischen Regimes: des 'Neuen Staats' (*Estado Novo*).

Der *Estado Novo* wird in die Nähe der faschistischen Regime gerückt. Anders als diese jedoch baute Vargas seine Herrschaft nicht auf einer Partei oder politischen Bewegung auf, sondern gerade auf der politischen Demobilisierung der Gesellschaft: „Von 1938 bis 1944 basierte der *Estado Novo* auf der Unterstützung der Streitkräfte, Vargas' Polizeitruppen und der Desorganisation, Demoralisierung und Schwächung der Opposition.“<sup>98</sup> Außerdem verkörperte der *Estado Novo* keine bestimmte, klar umrissene Ideologie, wie dies in den faschistischen Staaten Europas der Fall war.

---

<sup>97</sup> siehe Edgar Carone, *A República Nova (1930-1937)*, 2a. ed. (São Paulo: Difel, 1976), S. 256 ff.

<sup>98</sup> Thomas E. Skidmore, *Brasil: De Getúlio Vargas a Castelo Branco (1930-1964)*, tradução coordenada por Ismênia Dantas, 7a. ed. (Rio de Janeiro: 1982), S. 53.

Trotz Vargas' Pragmatismus war seine Politik durch drei Grundlinien gekennzeichnet, die sich teilweise bereits seit 1930 abzeichneten, in der Zeit nach 1937 aber deutlicher hervortraten. Zunächst sorgte er für eine stärkere Zentralisierung des politischen Systems. Während die politische Ordnung der Alten Republik durch einen sehr ausgeprägten Föderalismus gekennzeichnet war, verschob Vargas das Kräfteverhältnis erheblich zugunsten der Bundesebene. Die Stärkung des Zentralstaats erfolgte durch die Übernahme von Regierungsfunktionen, die bislang bei den Bundesstaaten lagen (z.B. Aufnahme von Auslandsschulden, Wirtschaftspolitik, Erziehungs- und Gesundheitswesen), sowie auch durch die Ausweitung der Aktivitäten der Bundesregierung auf neue Bereiche (z.B. Sozialversicherung und staatliche Organisation der Gewerkschaften). Damit einhergehend wurde insbesondere auch eine Vereinheitlichung, Ausdehnung und Modernisierung des Verwaltungsapparats vorgenommen.

Ferner wurden die Bundesstaaten während des *Estado Novo* (wie bereits seit der Revolution von 1930) von Interventoren regiert, die direkt von Vargas eingesetzt wurden. Damit mußten die Regionaloligarchien, die bislang die alleinige politische Kontrolle im Bundesstaat ausgeübt hatten, einen relativen Machtverlust hinnehmen. Dies bedeutete allerdings keineswegs das Ende der oligarchischen Herrschaft:

„Die Nominierung eines den bestehenden Kräften fremden Interventors ist einer der politischen Schritte, durch die Getúlio Vargas die Bundespräsenz in den (Glieder-)Staaten durchsetzt. Der neue Interventor besitzt gegenüber den lokalen Oligarchien keine Verpflichtungen, wird jedoch von ihnen zusehends involviert, und trotz seiner verhältnismäßigen Unabhängigkeit kann er sich nicht von den bestehenden Pressionen befreien.“<sup>99</sup>

Eine nachhaltige Veränderung dieser Zentralisierungsanstrengungen war, daß sich der politische Prozeß nicht mehr nur auf den Bundesstaat konzentrierte. Der Entscheidungsebene des Zentralstaats kam mit seinem Funktions- und Machtzuwachs eine prioritäre Bedeutung zu. Damit schuf paradoxer Weise gerade das Nicht-Parteien-Regime des *Estado Novo* eine wichtige Voraussetzung für die spätere Entwicklung nationaler Parteien.

Eine zweite Grundlinie der Politik Vargas' war der 'ökonomische Nationalismus' bzw. Entwicklungsnationalismus. Bis in die 30er Jahre galt für Brasilien das Paradigma einer abhängigen Exportwirtschaft, deren natürliche Rolle in der Ausfuhr von Rohstoffen und Agrarprodukten im Gegentausch gegen importierte Fertigwaren bestand. Dieses System war untermauert vom liberalen Gebot der staatlichen Nichteinmischung, welches für das Kaiserreich und die Alte Republik kennzeichnend war.

Unter Vargas erfolgte ein grundlegender Paradigmenwechsel. Mit massiver Staatsintervention verfolgte er die wirtschaftspolitischen Ziele der Importsubstitution und der forcierten industriellen Entwicklung. Die staatlichen Eingriffe erfolgten entweder auf indirekte Weise durch ökonomische Anreize (Steuern, Kreditpolitik, Wechselkurskontrolle und Importbeschränkungen) oder direkt durch öffentliche Investitionen in strategischen Schlüsselsektoren wie Rohstoffe, Infrastruktur, öffentliche Dienste sowie insbesondere auch Basisindustrien wie Öl, Stahl und Motoren.

Durch diese intensiven Anstrengungen schuf Vargas während des *Estado Novo* das Fundament für eine nachhaltige Industrialisierung Brasiliens. Damit wurde in der politischen Kultur auch die Überzeugung verankert, daß dem Staat in der brasilianischen Wirtschaft eine bestimmende Rolle als Entwicklungsmotor zukommt.

Die wirtschaftliche Modernisierung zog darüber hinaus auch wichtige gesellschaftliche Veränderungen nach sich, wie eine Ausbreitung der Arbeiterschaft, eine Stärkung der

---

<sup>99</sup> Edgar Carone, *O Estado Novo (1937-1945)*, 2a ed. (São Paulo: Difel, 1977), S. 146.

Mittelschicht und die Urbanisierung des Landes. Hierdurch veränderten sich auch die gesellschaftlichen Grundbedingungen für den politischen Prozeß, der bis dahin durch die absolute Dominanz der Agraroligarchien bestimmt war. Neue, urbane Gesellschaftsgruppen befanden sich im Aufstieg und drängten auf Zugang zum politischen System.

Die dritte Grundlinie bestand in der Einbindung der unteren (urbanen) Gesellschaftsschichten in die politische Ordnung durch sozialpolitische Zugeständnisse. Zu diesen paternalistischen Maßnahmen gehörten insbesondere das staatskorporatistisch organisierte Gewerkschaftswesen und das Arbeitsrecht mit einer neuen gesetzlichen Regelung von Mindestlohn, Arbeitszeit, Ruhestand, Frauen- und Kinderarbeit. Während soziale Forderungen in der Alten Republik zumeist polizeilich niedergedrückt wurden, übernahm der Staat unter Vargas nun zum ersten Mal auch soziale Verantwortung.

Der *Estado Novo* brachte auf diese Weise einen erheblichen Modernisierungsschub im staatlichen, ökonomischen und sozialen Bereich. Das bis in die dreißiger Jahre hinein stark regionalistisch geprägte und nachtwächterlich regierte Brasilien erhielt einen starken Zentralstaat, der mit einem um ein vielfaches leistungsfähigeren Verwaltungsapparat die Rolle des Motors der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung übernahm. Während das Land bislang fast ausschließlich von seiner Agrarproduktion lebte, die zum überwiegenden Teil für den Export bestimmt war, führte der entwicklungsorientierte Staatsinterventionismus (*desenvolvimentismo*) und die Politik der Importsubstituierung zu einem beschleunigten Industrialisierungsprozeß. Die daraus erwachsenden sozialen Spannungen sollten durch die neu erlassene Sozialgesetzgebung abgefedert werden. All diese Faktoren sorgten dafür, daß neben der althergebrachten semi-feudalistischen Gesellschaftsstruktur ein zunehmend urbanes Brasilien mit einer industriell geprägten Massengesellschaft entstand.

Durch diesen tiefgreifenden und vielschichtigen Transformationsprozeß wurden auch die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen der weiteren Parteienentwicklung verändert. Eine künftige demokratische Ordnung in Brasilien sollte in zunehmendem Maß auf ein leistungsfähiges Parteiensystem angewiesen sein, um die Anforderungen für die Organisation der Massenpartizipation und der Entscheidungsfindung in einer komplexer werdenden Gesellschaft erfüllen zu können. Die Unfähigkeit, ein adäquates Parteiensystem hervorzubringen, wurde zu einer der Hauptbelastungen des politischen Systems Brasiliens.

Gegen Ende des Zweiten Weltkriegs geriet der *Estado Novo* intern und extern zunehmend unter Druck. Sowohl unter den Alliierten, die im Namen der Demokratie gegen Nazideutschland kämpften und an deren Seite Brasilien in den Krieg eingetreten war, als auch in führenden Kreisen der brasilianischen Zivilgesellschaft und Streitkräfte wurden die Forderungen nach einer Rückkehr zur Demokratie immer lauter. Angesichts der zunehmenden Diskreditierung des *Estado Novo* leitete Vargas ab Anfang 1945 eine demokratische Öffnungspolitik ein und kündigte für Ende des Jahres Wahlen an. Als er allerdings im Vorfeld der Wahlen durch sein unklares und ambivalentes Verhalten Zweifel darüber aufkommen ließ, ob er tatsächlich bereit war, sein Amt abzutreten, wurde er am 29.10.1945 von den Militärs zum Rücktritt gezwungen.<sup>100</sup>

Mit den Wahlen auf allen drei Staatsebenen, die nach einer kurzen Übergangsregierung im Dezember durchgeführt wurden, und der neuen Verfassung, die der verfassungsgebende Kongreß im September 1946 verabschiedete, wurde der Redemokratisierungsprozeß abgeschlossen. Die demokratische Ordnung der Nachkriegszeit, die bis zum Militärputsch von 1964 andauerte, bildete auch einen neuen Entwicklungsabschnitt in der Parteiengeschichte.

---

<sup>100</sup> Eine eingehende Beschreibung der Opposition gegen den *Estado Novo* und des demokratischen Übergangs liefert Edgar Carone, *O Estado Novo (1937-1945)*, 2a ed. (São Paulo: Difel, 1977), S. 285-349.